

tungsorganen angeleitet werden. Alle Einwohner sind angehalten, durch Anzeigen bei den allorts eingerichteten Kampagnenbüros bei der Aufklärung schwerer Verbrechen mitzuwirken.

Wie zahlreiche Berichte aus verschiedenen Provinzen deutlich machen, richtet sich die Kampagne je nach regionaler Situation auch gegen andere Verbrechenformen. Während in den Küstenprovinzen in Südostchina die Korruptionsbekämpfung im Vordergrund steht, konzentriert man sich im Südwesten Chinas auf den Drogenhandel. Im Nordwesten, insbesondere in der Autonomen Region Xinjiang, soll das gegenwärtige Aktionsprogramm in eine zweijährige Kampagne gegen muslimische Separatisten und „illegale religiöse Aktivitäten“ münden. Auch wird landesweit der illegale Besitz von Waffen und Sprengmaterial geahndet.

Wie ausländische Zeitungen berichten, gehen die Justizorgane im Rahmen der Kampagne aber auch gegen andere Gruppen vor. Opfer waren seit April angeblich auch politische Dissidenten, Betreiber nicht ordnungsgemäß registrierter Internet-Cafes, Mitglieder von Hauskirchen, sowie Bauern, die die Bezahlung exzessiver Steuerabgaben verweigern. (Xinhua, 26., 27.4., 5., 15., 16., 22., 23.5.01, nach BBC PF 26., 27.4., 5., 15., 16., 22., 23.5.01; RMRB, 8., 11.5.01; SCMP, 28.4.01; IHT, 12.5.01) -hol-

15 Neue Verordnung des Staatsrats zur Verhütung schwerer Unfälle

Unter dem Eindruck einer Häufung von Bergwerksunfällen, Explosionen und anderen schweren Unfällen in den zurückliegenden Monaten hat der Staatsrat Ende April eine neue „Verordnung zur administrativen Verantwortlichkeit bei außerordentlich schweren Sicherheitszwischenfällen“ erlassen.

Die Verordnung hat zum Ziel, die Sicherheitsvorkehrungen landesweit zu verbessern, indem die lokalen Behörden stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden, bestehende Regelungen umzusetzen sowie spezifische Gefahrenpotenziale vor Ort zu erkennen und auszuräumen. Der Sicherheitsbegriff ist dabei weit ge-

fasst. Verhütet werden sollen schwere Brandkatastrophen, Verkehrsunfälle, durch nachlässige Baumaßnahmen verursachte Unfälle, Unfälle aufgrund unsachgemäßen Handhabens explosiver und anderer gefährlicher chemischer Stoffe, Bergwerksunfälle und andere Unfällen im industriellen Produktionsbereich.

Lokalregierungen auf Bezirks- und Kreisebene sind demnach angewiesen, Abteilungen einzurichten, die spezifische Zuständigkeiten im Bereich der Durchsetzung bestehender Sicherheitsregelungen in allen betroffenen öffentlichen Einrichtungen und Betrieben, Schulen, Vergnügungsstätten, Produktionsstätten und Bergwerken, Transportunternehmen etc. erhalten sollen. Auch sollen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um bisher nicht erkannte Gefahrenpotenziale mithilfe von Hinweisen aus der Bevölkerung aufzuspüren und diese zu beseitigen. Bei Vernachlässigung der Pflichten werden dem zuständigen Verwaltungspersonal Disziplinarstrafen, bei eklatanter Pflichtverletzung auch strafrechtliche Verfolgung angedroht. Im Fall außerordentlich schwerer Unfälle sollen Provinzgouverneure bzw. Bürgermeister der betroffenen Provinz bzw. Stadt in Zukunft damit zu rechnen zu haben, persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Besonders schwerwiegende Sicherheitsmängel sind in Kohlebergwerken aufgetreten. Nach Angaben des Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democracy in China sind im vergangenen Jahr mindestens 5.798 Arbeiter bei Minenunfällen ums Leben gekommen; Expertenschätzungen zu Folge soll die Zahl von Todesfällen in chinesischen Bergwerken jährlich bei rund 10.000 liegen. Eine offizielle Meldung der Staatlichen Aufsichtsbehörden für Produktionssicherheit und für Sicherheit in Kohlebergwerken zählte zuletzt für den Zeitraum zwischen dem 1. und dem 15. April dieses Jahres 62 außerordentlich schwere Unfälle in Kohlebergwerken, bei denen insgesamt 503 Menschen ums Leben gekommen seien. In Reaktion auf diese Entwicklung sind mehrere Inspektionsteams ausgeschiedt worden, die die Sicherheitsvorkehrungen insbesondere in kleinen, auf den untersten staatlichen Verwaltungsebenen

zumeist kollektiv oder privat betriebenen Kohlebergwerken überprüfen sollen. (Xinhua, 28.4., 22.5.01, nach BBC PF, 28.4., 22.5.01; NZZ, 17.5.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Graduate School der Akademie der Wissenschaften

Die größte Ausbildungsstätte für Postgraduierte in China, die Graduate School der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik, die ihren Sitz in Beijing hat (die Universität selbst hat ihren Sitz in Hefei/Anhui), ist kürzlich umorganisiert und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften unterstellt worden. Sie heißt fortan „Graduate School der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“ (*Zhongguo Kerueyuan Yanjiusheng Yuan*). Die Postgraduiertenschule hat die Aufgabe, hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler auszubilden, die international konkurrenzfähig sind. Die Studiengänge schließen entweder mit dem Magister oder der Promotion ab. Die Schule soll die begabtesten Postgraduierten des Landes anziehen. Die bisherige Graduate School der Universität für Wissenschaft und Technik wurde 1978 gegründet und war die erste Einrichtung dieser Art in China. Gegenwärtig studieren an ihr 13.000 Postgraduierte, darunter 6.000 Doktoranden. Bis zum Jahr 2005 soll ihre Zahl 20.000 erreichen. Für die Ausbildung und Betreuung der Forschungsstudenten stehen künftig über 300 Akademiemitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Ingenieurwissenschaften zur Verfügung, ferner 4.500 Wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren der Akademie sowie gut 2.000 Doktorandenbetreuer. Der Vorteil der neuen Schule ist, dass alle rund 100 Institute der Akademie der Wissenschaften, die nach wie vor die wichtigste Forschungseinrichtung Chinas ist, die Ausbildung des Wissenschaftlernachwuchses unterstützen werden. Damit ist höchste Qualität garantiert. An dieser Graduate School

zu studieren dürfte eine Auszeichnung bedeuten und zugleich auch für manche entsprechend qualifizierte chinesische Studenten im Ausland von Interesse sein. (Vgl. GMRB, 23.5.01, S.A2)-st-

17 Nationale Wissenschaftswoche

Vom 14. bis 20. Mai fand in China zum ersten Mal eine nationale Wissenschaftswoche mit zahlreichen Aktivitäten statt. Zweck der Veranstaltung, die die Regierung künftig jedes Jahr in der dritten Maiwoche organisieren will, war es, in der Bevölkerung das Interesse für Wissenschaft und Technik zu wecken, wissenschaftliche Kenntnisse, wissenschaftliches Denken und wissenschaftliche Methoden zu verbreiten sowie Respekt und Unterstützung für Wissenschaftler zu fördern. Neben dem Wissenschafts- und Technologieministerium und der ZK-Propagandaabteilung war vor allem die Chinesische Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie mit ihren 175 Mitgliedsgesellschaften beteiligt. Sie organisierten die verschiedensten Arten von Aktivitäten, so u.a. Vorträge, Ausstellungen und Filme; Forschungseinrichtungen und Universitäten öffneten ihre Pforten für Besucher, hauptsächlich Jugendliche, um sie an die Wissenschaft heranzuführen. Während der Wissenschaftswoche konnte das Publikum allein in Beijing zwölf wissenschaftlich-technische Museen unentgeltlich besuchen. Auch in anderen Städten und selbst auf dem Lande fanden ähnliche Aktivitäten statt. Begleitet wurden diese durch eine verstärkte Berichterstattung in der Presse über wissenschaftliche Einrichtungen und Leistungen, über bekannte Wissenschaftler und die Vorstellung der besten Universitäten des Landes. In Zeitungskommentaren wurde die staatliche Politik erläutert, dass Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung bringen sollen, und propagiert, dass Wissenschaft und Technik die wichtigste Produktivkraft sind. (Vgl. RMRB, GMRB, 14. u. 15.5.01; XNA, 12., 14., 15.5.01)

Die Wissenschaftswoche ist Teil der Strategie von Regierung und Partei, das Land durch Wissenschaft und Technik zur Blüte zu führen. Ne-

ben gezielter Förderung bestimmter Schlüsselwissenschaften und des wissenschaftlichen Nachwuchses bemüht sich der Staat seit Jahren um die Popularisierung von Wissenschaft und Technik. Bereits im Dezember 1994 legte der Staat in einem Dokument seine Ansichten zur stärkeren Verbreitung von Wissenschaft und Technik dar (vgl. C.a., 1994/12, Ü 12). Viele der darin enthaltenen Pläne und Anregungen sind jedoch in der Praxis nicht oder schwer zu realisieren, weil die örtlichen Stellen meist wenig Interesse zeigen, sich in dieser Hinsicht zu engagieren. Die nun ins Leben gerufenen Wissenschaftswochen könnten besser geeignet sein, breitere Bevölkerungskreise für Wissenschaft und Technik zu interessieren. -st-

18 Programm für agrarwissenschaftliche Entwicklung

Am 28.4.2001 hat der Staatsrat ein „Programm für die agrarwissenschaftliche und agrartechnische Entwicklung“ (*Nongye keji fazhan gangyao*) für das Jahrzehnt 2001-2010 erlassen. Den Wortlaut veröffentlichte die *Guangming-Zeitung* am 24.5.01. Bedeutung erlangt dieses Programm vor dem Hintergrund von Chinas Ernährungsfrage, der prekären Umweltsituation sowie sinkender Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung und damit verbundener Unruhen. Zugleich liegt ihm die Erkenntnis zugrunde, dass die landwirtschaftlichen Erträge nur durch die umfassende Anwendung agrarwissenschaftlicher Methoden gesteigert werden können.

Im Vorspann zu dem Programm heißt es, Chinas Landwirtschaft habe in den letzten zwanzig Jahren beachtliche Leistungen vollbracht. Nach einer langen Periode des Mangels an landwirtschaftlichen Produkten habe sich die Situation dahingehend gewandelt, dass nunmehr ein Gleichgewicht in der Versorgung erreicht sei oder sogar Überschüsse erzielt würden. Die bäuerliche Bevölkerung sei zu kleinem Wohlstand gelangt, und die sozialistische Marktwirtschaft sei auf dem Lande im Wesentlichen eingeführt. Jetzt jedoch gelte es, die Strukturen in der Landwirtschaft anzugleichen, die landwirtschaftlichen Erträge und die Einkommen der Bauern

weiter zu steigern, die Lebensverhältnisse auf dem Lande zu verbessern und in der Landwirtschaft sowie in der ländlichen Wirtschaft eine nachhaltige und stabile Entwicklung zu erreichen. Um all diese Ziele zu verwirklichen, sei eine neue agrarwissenschaftliche und agrartechnische Revolution erforderlich. Das „Programm“ habe den Zweck, Richtung und Aufgaben der agrarwissenschaftlichen Entwicklung in dieser neuen Phase aufzuzeigen, die Schwerpunkte der Arbeit während des 10. Fünfjahresplans und die Ziele bis 2010 zu benennen.

Die in dem „Programm“ aufgeführten Schwerpunkte der Arbeit reichen von der Züchtung neuer Sorten über die Verbesserung der Produkte, die Einführung neuer Produkte und neuer Techniken bis hin zur besseren Vermarktung und Einführung neuer Strukturen. Große Bedeutung wird der nachhaltigen Entwicklung beigemessen, d.h. dem Schutz von Boden und natürlichen Ressourcen, insbesondere der Wasserressourcen. Der sparsame Umgang mit Wasser in der Landwirtschaft ist von elementarer Bedeutung. Zudem wird die Einführung innovativer Methoden und Techniken betont. Zu diesem Zweck sollen staatliche Labore für Agrarwissenschaft, agrarwissenschaftliche Forschungszentren, Agrartechnologie-Parks sowie Zentren für agrarwissenschaftliche und agrartechnische Forschung und Entwicklung gegründet werden. Für diese Einrichtungen sollen gezielt Fachleute ausgebildet werden. Zugleich soll das Bildungs- und Ausbildungsniveau der bäuerlichen Bevölkerung angehoben werden durch ein vermehrtes Angebot von Schulen zur Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse, von Schulungen, TV-Hochschulen, landwirtschaftlichen Mittelschulen, Fernkursen und Informationsnetzen.

Auf einer Sitzung mehrerer beteiligter Ministerien Mitte Mai wurden auf der Grundlage des erlassenen „Programms“ vier strategische Veränderungen in der agrarwissenschaftlichen Arbeit für das kommende Jahrzehnt herausgestellt:

1. der Wandel von einer Agrarwissenschaft, die hauptsächlich die Quantität betont, zu einer Agrar-

wissenschaft, die das Hauptgewicht auf Qualität legt;

2. der Wandel von einer Agrarwissenschaft, die in erster Linie der landwirtschaftlichen Produktion dient, zu einer Agrarwissenschaft, die die Produktion, Verarbeitung und Lebensverhältnisse integriert;
3. der Wandel von einer Agrarwissenschaft, die die Betonung allein auf Techniken der Erschließung von Ressourcen legt, zu einer Agrarwissenschaft, die die Techniken der Erschließung von Ressourcen mit Techniken der Markterschließung verbindet;
4. der Wandel von einer Agrarwissenschaft, die hauptsächlich auf den Binnenmarkt ausgerichtet ist, zu einer Agrarwissenschaft, die sowohl den Binnenmarkt als auch die internationalen Märkte im Auge hat. (Vgl. GMRB, 18.5.01, S.A1) -st-

19 Staatliches Programm für die Entwicklung von Frauen und Kindern

Am 22. Mai 2001 verkündete der Staatsrat zwei umfangreiche gesellschaftspolitische Programme, ein Programm für die Entwicklung von Chinas Frauen und eines für die Entwicklung von Chinas Kindern. Beide Programme gelten für die Dekade 2001-2010 und wurden in vollem Wortlaut am 30. Mai in der *Volkszeitung* veröffentlicht.

Im Vorwort zum Programm für die Frauen wird darauf hingewiesen, dass die Regierung bereits im Jahre 1995 ein solches Programm für den Zeitraum 1995-2000 erlassen habe und dass die Ziele dieses Programms weitgehend verwirklicht worden seien. Dadurch habe sich die Situation der Frauen deutlich verbessert, ihre legalen Rechte würden geschützt, der Prozess der Gleichstellung von Mann und Frau habe sich beschleunigt, und auf Gebieten wie Politik, Wirtschaft, Bildung und Gesundheit hätten Frauen Fortschritte erzielt. Im kommenden Jahrzehnt jedoch stehe die chinesische Gesellschaft vor neuen Herausforderungen: Die sozialistische Marktwirtschaft müsse verbessert, das Land weiter geöffnet werden und weitere Gebie-

te an der wirtschaftlichen Globalisierung teilhaben. Damit stellten sich für die Entwicklung der Frauen in China neue Aufgaben und Ziele.

Die allgemeinen Ziele werden folgendermaßen definiert: Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau, Teilhabe der Frauen an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, Gleichstellung von Mann und Frau in Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Familie, gleiche Jobchancen und Verdienstmöglichkeiten, Anhebung der wirtschaftlichen Stellung der Frau, gleiche Bildungschancen, Garantie der medizinischen Grundversorgung, Anhebung von Gesundheitsniveau und Vorsorge, rechtliche Gleichstellung und Schutz der Rechte von Frauen, Verbesserung der gesellschaftlichen Umwelt und der Lebensverhältnisse für die Frauen. Insgesamt werden sechs Bereiche aufgeführt, in denen diese Ziele zu verwirklichen sind:

1. Frauen und Wirtschaft,
2. Teilhabe der Frauen an Entscheidungen und Management,
3. Frauen und Bildungswesen,
4. Frauen und Gesundheitswesen,
5. Frauen und Rechtswesen,
6. Frauen und Umwelt.

Für jeden dieser Bereiche werden jeweils die Hauptziele, die rechtliche Lage und die politischen Maßnahmen sowie die Aufgaben der Gesellschaft behandelt. Zum Schluss werden der organisatorische Rahmen (vom Staatsrat bis hinunter zur örtlichen Ebene sind jeweils Ausschüsse für Frauen und Kinder zuständig) sowie Kontroll- und Aufsichtsmaßnahmen erläutert. Alle drei bis fünf Jahre sollen eine Bestandsaufnahme und Bewertung vorgenommen und jedes Jahr über die Fortschritte Bericht erstattet werden.

Im Programm für die Kinder werden folgende Ziele für die Periode 2001-2010 aufgeführt: Festhalten am Grundsatz „Priorität für Kinder“, Garantie des Rechts auf Existenz, Entwicklung, Fürsorge und Teilhabe, Anhebung der gesamten Qualität der Kinder, Förderung der körperlichen und psychischen Gesundheit der Kinder, Anhebung der Gesundheit der Kinder auf das obere Niveau in Entwicklungsländern, auf der Grundlage

der neunjährigen Schulpflicht der Kinder Einführung der Sekundarstufe II in den Städten und entwickelten Gebieten, Verbesserung und Vervollständigung des Gesetzessystems für Kinder und Garantie der legalen Rechte der Kinder, Verbesserung der Umwelt für das Heranwachsen der Kinder und besonderer Schutz für benachteiligte Kinder. Die konkreten Maßnahmen werden entsprechend dem Muster im Programm für die Frauen dargelegt. -st-

20 Bekräftigung konservativer Positionen in Literatur und Kunst

Die chinesische Kulturbükratie legt eine unverändert konservative Haltung in Fragen der Literatur und Kunst an den Tag. Dies stellte jüngst der Leiter der ZK-Propagandaabteilung Ding Guan'gen wieder unter Beweis. In einer Rede auf einer Veranstaltung für junge Schriftsteller, die Ende April vom Schriftstellerverband und von der Kommunistischen Jugendliga organisiert worden war, bemühte Ding die altbekannten Schlagworte der KPCh, die für das literarische und künstlerische Schaffen maßgeblich sein sollen. Die jungen Schriftsteller müssten vor allem ideologisch gefestigt sein, d.h. am Marxismus, den Mao-Zedong-Gedanken und der Theorie von Deng Xiaoping festhalten. Dies bedeute, dass man die Leitlinie „dem Volke dienen“ und „dem Sozialismus dienen“ verfolge. Einmal mehr wurde deutlich, dass das von Ding befürwortete Motto „Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wettstreiten“ sich bestenfalls auf eine Vielfalt von Stilen und Formen bezieht, nicht aber auf Inhalt und Gehalt der Werke. Klassenkämpferische Töne wie zu Maos Zeiten sind zwar seit zwei Jahrzehnten nicht mehr zu hören, aber Mao Zedong gilt nach wie vor – wenn auch uminterpretiert – in Fragen der Literatur und Kunst als Autorität. Unter Berufung auf Maos Yan'aner Reden über Literatur und Kunst rief Ding dazu auf, Werke für die Volksmassen zu kreieren. Daneben werden auch Deng Xiaopings und Jiang Zemins diesbezügliche Äußerungen zitiert. So sollen nach Deng Schriftsteller und Künstler den neuen sozialistischen Menschen zeich-

nen und mit sozialistischem Gedankengut das Volk erziehen, und Jiang fordert sie auf, den Geist des Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus zu verkünden und „Mammonismus“, Hedonismus, Individualismus und alle negativen und dekadenten Erscheinungen anzuprangern.

Auffallend, aber seit mindestens zehn Jahren auch nicht neu, ist die starke nationalistische Komponente. So berief Ding Guan'gen nicht nur die fünftausendjährige chinesische Zivilisation, sondern auch die dreitausendjährige Überlieferung glänzender literarischer Werke. Angefangen von den „Fünf Klassikern“, nannte er die Höhepunkte chinesischen literarischen Schaffens bis hin zu den großen Schriftstellern der 1920er, 30er und 40er Jahre, wie Lu Xun, Guo Moruo, Mao Dun, Ba Jin, Lao She, Cao Yu, Tian Han, Bing Xin, Ding Ling und Ai Qing. Bezeichnenderweise erwähnte er keinen Namen für die Zeit nach 1949, wahrscheinlich, weil keiner der in der Volksrepublik tätigen Schriftsteller dem Ideal der Partei entspricht. Die Schriftsteller der jüngeren Generation, so verlangt es die Partei, sollen dieser großen Tradition eingedenk sein, sie sollen Patriotismus und „nationalen Geist“ zeigen, ihr Vaterland heiß lieben, das Schicksal Chinas soll ihnen am Herzen liegen, sie sollen das Selbstwertgefühl des Volkes und den Nationalstolz stärken, sie sollen gesellschaftliche Verantwortung fühlen. (Vgl. die abgedruckte Rede in GMRB, 22.5.01)

Am selben Tag, als Ding Guan'gen seine Rede vor jungen Schriftstellern hielt, erschien in der *Volkszeitung* ein Diskussionsbeitrag unter der Überschrift „Wir brauchen keine Kaiser“ (RMRB, 25.4.01, S.4). Auch dieser Beitrag lässt eine konservativ-kommunistische Position erkennen, wenn die beiden Verfasser beklagen, dass im Fernsehen fast nur Stücke über Kaiser, Kaiserinnen, Konkubinen und Eunuchen zu sehen seien und auch in den Buchläden zahllose Bücher mit dieser Thematik auffielen. Die Monarchie sei vor neunzig Jahren gestürzt worden, und es gehe nicht an, dass Zuschauer und Leser immer noch mit Werken solch „ungesunden Inhalts“ konfrontiert würden. Das „feudalistische“ Gedankengut des Kaiserhofes vergifte Denken und Leben der Menschen.

„Wir brauchen keine Kaiser, wir brauchen auch kein Bewusstsein von Kaisern. Was wir brauchen, ist das Bewusstsein, dass wir unser eigener Herr sind, was wir brauchen, ist ein demokratisches Bewusstsein... Das Bewusstsein von Kaisern gehört auf den Abfallhaufen der Geschichte!“ heißt es zum Schluss. Diese Haltung ist vergleichbar derjenigen der kulturrevolutionären Linken ab Mitte der 1960er Jahre, als Jiang Qing und ihre Anhänger Kaiser, Konkubinen, Generäle usw. von der Opernbühne und generell aus Literatur und Kunst verbannten.

Doch nicht nur Werke „feudalistischen“ Inhalts missfallen den Kulturbürokraten. Auch Avantgarde-Kunst ist ihnen ein Dorn im Auge. Das Kulturministerium hat kürzlich strengere Bestimmungen in Bezug auf die gegenwärtige Kunstszene erlassen. Danach können Künstler, die in ihren Werken Erotik, Gewalt oder Aberglauben verbreiten, mit Gefängnisstrafen von drei und mehr Jahren bestraft werden. In Shanghai, wo sich in den letzten Jahren eine ausgeprägte Szene von Untergrund- und Avantgarde-Kunst entwickelt hat, gehen die durch die neuen Bestimmungen ermutigten Behörden bereits strenger gegen Galeristen und Performance-Künstler vor. (Vgl. FBIS, 9.5.01) Das Problem solcher staatlichen Regulierung der Kulturszene ist immer wieder das Gleiche: Es gibt keine eindeutigen Kriterien dafür, was offiziell erlaubt ist und was nicht. So liegt es vielfach im Ermessen der örtlichen Behörden und Ordnungskräfte, ob eine Ausstellung oder Vorführung, ein Film oder Buch verboten werden. Das grundsätzliche Dilemma besteht darin, dass die Partei nicht davon ablassen will, Literatur und Kunst zu regulieren und ihnen moralisch-didaktische Aufgaben zuzuweisen. Diese aber kann und will die Kunst nicht erfüllen, und sie kann auch nicht umhin, sich gegenüber den Trends der Weltkultur zu öffnen. -st-

Außenwirtschaft

21 China meldet sich am internationalen Anleihemarkt zurück

Mitte Mai hat sich China mit einer internationalen Anleihe am globalen Kapitalmarkt zurückgemeldet. Die letzte Anleihe war 1998 begeben worden. Die neue Anleihe, die auf den EU-Märkten platziert wurde, ist zum Teil in US-Dollar und zum Teil in Euro denominiert. Die US-Dollar-Tranche weist ein Volumen von 1 Mrd. US\$, eine Laufzeit von 10 Jahren sowie einen Zinssatz von 6,8% auf. Die Euro-Anleihe beläuft sich auf ein Volumen von 550 Mio. Euro, hat eine Laufzeit von 5 Jahren und ist mit 5,25% verzinst. Im Vergleich zu den durchschnittlichen Zinssätzen für US-Schatzbriefe mit zehnjähriger Laufzeit sowie den Euro-Anleihen mit fünfjähriger Laufzeit lagen die Zinssätze um 1,33% bzw. um 0,64% höher.

Zunächst waren vom chinesischen Finanzministerium nur drei US-amerikanische Investmentbanken als Anleihegaranten genannt worden, nämlich, Goldman Sachs, J.P. Morgan Chase & Co. sowie Morgan Stanley Dean Witter & Co. Einen Tag nach der Bekanntgabe der US-Investmentbanken, benannte das Finanzministerium als leitende Emissionsbanken für die europäische Tranche die Barclays Capital, BNP Paribas und die Deutsche Bank. Angeblich sollen die europäischen Banken erst nach Lobbyarbeit verschiedener Regierungen in der EU einbezogen worden sein. (AWSJ, 18.5.01) Die Emissionsbanken weisen nach dem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* jedoch auf neue Bestimmungen der amerikanischen Aufsichtsbehörde hin, die eine schnelle Auflegung der Anleihe in den USA schwierig gemacht hätte.

Die ausländischen Investmentbanken, die als Anleihegaranten auftraten, berichten von einem großen Erfolg der Emission. So soll die Zeichnungsnachfrage um das Fünffache höher als der Emissionswert gewesen sein. Nach Angaben von Goldman Sachs Group Inc.